

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/19/2006

**über die öffentliche Sitzung am 22.11.2006,
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn : 19:00 Uhr
Ende : 21:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörn Schade

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick

Herr Jens Uwe Ehrlich

Herr Rolf Griesenberg

Herr Rafael Haase

i.V.f. StVO Sinning

Herr Dieter Heidenreich

Frau Monja Löwer

Frau Susanne Philipp-Richter

i.V.f. StVO Wriggers

Herr Gerald Wittkamp

ab 19:14 Uhr; TOP 3

Bürgerliche Mitglieder

Herr Ingo Rolke

i.V.f. StVO Möller

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Hauke Feldvoss

Kinder- und Jugendbeirat, bis
21:22 Uhr; TOP 11

Sonstige, Gäste

Herr Landwehr

TRAPEZ-Architekt zu TOP 3

Herr Sträter

Conplan-Architekt zu TOP 4

Verwaltung

Herr Heinz Baade

bis 20:40 Uhr; TOP 4

Frau Andrea Becker

Herr Stephan Schott

Herr Wilhelm Thiele

Herr Ulrich Kewersun

Protokollführer

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Herr Hartmut Möller
Herr Wolfgang Sinning
Herr Heino Wriggers

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Städtebauliche Entwicklung Rathausplatz
- Vorstellung durch das Büro Landwehr -
4. Gelände der Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen im Ortsteil Wulfsdorf
- Konzeptabstimmung - **2006/113/1**
5. Finanzplanung und Investitionsprogramm 2006 - 2010 **2006/124**
6. Erlass der Haushaltssatzung 2007 **2006/125**
- Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts
7. Kostenübernahme für die Sanierung der Überführung Hagener Allee/U 1 **2006/148**
- Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe -
8. Gemeindliches Einvernehmen zu Einzelbauvorhaben nach § 36 Baugesetzbuch
9. Reinigung der Straßeneinläufe **2006/132**
10. Kenntnisnahmen
- 10.1. Normenkontrollverfahren zurückgezogen
- 10.2. Erschließung des südwestlichen Stadtgebietes durch den ÖPNV
- 10.3. Ausschreibung ÖPNV
- 10.4. Erschließung des Neubaugebietes Buchenweg durch den Stadtbus
- 10.5. Gestaltung der Flächen um den nördlichen Ausgang des Tunnels Hagener Allee
- 10.6. Querung der Lübecker Straße auf Höhe des Marstalls durch

Fahrradfahrer

11. Verschiedenes

- 11.1. Ausschaltung der Ampelschaltung an diversen Kreuzungsbe-
reichen in der Nacht
- 11.2. Pflasterung einer breiten Grundstückszufahrt in der Theodor-
Storm-Straße
- 11.3. Holzhäuser im Reeshoop
- 11.4. Öffnung des befestigten Starweges im Abschnitt Am Birken-
hain bis Dorfstraße
- 11.5. Fahrradangebotsstreifen in der Hagener Allee südlich der U-
Bahn-Brücke
- 11.6. Umbau des Bahnhofs Ahrensburg
- Anregung einer Ortsbesichtigung -

1 Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende verweist auf den in der Einladung vom 16.11.2006 unterbrei-
teten Vorschlag. Über den Ausschluss der Öffentlichkeit bei den Tagesord-
nungspunkten 12 und 13 ist bereits in der Sitzung am 15.11.2006 zustimmend
entschieden worden.

Ein Ausschussmitglied bittet, auch in nicht öffentlicher Sitzung, ein Thema
unter dem neu einzufügenden Punkt „Verschiedenes“ ansprechen zu können;
es handelt sich um eine Nachfrage zu einer nicht öffentlichen Sitzungsvorla-
ge.

Die Ausschussmitglieder haben ansonsten keine Änderungswünsche zu der
vorgeschlagenen Tagesordnung. Daher wird über die entsprechend ergänzte
Tagesordnung abgestimmt. Verbunden wird die Zustimmung mit dem Aus-
schluss der Öffentlichkeit beim TOP 14.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Der BPA stimmt insofern mit der gemäß § 46 Abs. 7 in Verbindung mit § 35
Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3
der anwesenden Ausschussmitglieder dem Ausschluss der Öffentlichkeit zu.

2 Einwohnerfragestunde

Herr **Frank** erkundigt sich, ob in der heutigen Sitzung darüber entschieden werden soll, ob und ggf. wann die Mittelfahrbahn der Großen Straße ausgebaut und die daneben liegenden Freiflächen umgestaltet werden. Hierzu berichtet der Vorsitzende, dass dieses Thema lediglich in der Finanz- und Haushaltsberatung thematisiert werden dürfte. Hier gehe es primär um die Frage, ob und in welchem Jahr die entsprechenden Haushaltsmittel für diese Maßnahmen bereitgestellt werden. Zwar obliege die endgültige Entscheidung hierüber der Stadtverordnetenversammlung, in der Empfehlung des für dieses Budget zuständigen Ausschusses sei jedoch ein Signal zu sehen.

Frau **Bürk** bezieht sich als Anliegerin der Kaiser-Wilhelm-Allee auf die Anordnung von Halteverboten im östlichen, d. h. zur Parkallee gelegenen Abschnitt dieser Straße. Auf Anregung einiger Anlieger ist in einem Straßenabschnitt von rd. 70 m Länge beidseits ein Halteverbot angeordnet worden. Obwohl andere Anlieger angesichts der verschmälerten Fahrbahnbreite, der Anzahl an Grundstückszufahrten und der Probleme, diese gefahrlos zu nutzen, auch in ihrem Bereich eine entsprechende Verkehrsanordnung wünschen, sei die städtische Verkehrsaufsicht dieser Anregung nicht gefolgt. Frau Bürk schätzt die Ausgangslage gleich ein und bittet insofern um eine gleichartige Entscheidung.

Wie die Verwaltung hierzu betont, handelt es sich bei Entscheidungen nach der STVO um eine Weisungsangelegenheit, die nicht der Selbstverwaltung unterliegt. Die vorgebrachte Anregung wird insofern zuständigkeitshalber an die städtische Verkehrsaufsicht weitergeleitet.

Der Vorsitzende bittet, sowohl Frau Bürk als auch den BPA über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

Keine weiteren Einwohnerfragen.

3 Städtebauliche Entwicklung Rathausplatz - Vorstellung durch das Büro Landwehr -

Herr Landwehr vom TRAPEZ-Architekturbüro in Hamburg erläutert anhand eines Power-Point-Vortrages, der weitestgehend diesem Protokoll als Anlage beigelegt ist, die Überlegungen zur städtebaulichen Entwicklung des Rathausplatzes und der westlichen Innenstadt (Stormarnplatz mit angrenzenden Flächen).

Erinnert wird an die Ergebnisse des Wettbewerbs aus dem Jahr 1991 zur Gesamtkonzeption der westlichen Innenstadt, die auf diesem Plan aufbauenden 2001 aktualisierten Gutachten und das laufende Verfahren zum B-Plan Nr. 80. Vor diesem Hintergrund habe man in Modellstudien etwa näher untersucht

- wie der Rathausplatz, z. B. durch eine Bebauung im nördlich der Linie Rathausstraße/Rathauseingang gelegenen Teiles, verkleinert werden und an Attraktivität gewinnen kann,

- wie die Anordnung der Stände an Markttagen eine belebende Wirkung entfalten könnte,
- die Platzkanten, insbesondere im südwestlichen Teil des Rathausplatzes, durch geeignete Baukörper besser geschlossen werden können und
- die östliche Kante des Stormarnplatzes durch die weitere bauliche Entwicklung entlang der Manfred-Samusch-Straße besser gefasst werden kann.

Während im südlichen Untersuchungsbereich, d. h. vom Jugendhaus 42 aus betrachtet in Richtung Rathaus, verschiedene Baumassen möglich sind (von Kinosälen bis hin zu den im Lageplan V 3 dargestellten 3 Einzelgebäuden) und hier lediglich von Bedeutung ist, zwischen den Baukörpern die Sicht auf und die fußläufige Erreichbarkeit in den als Stadtpark ausgebildeten Stormarnplatz freizuhalten, wurde ein Schwerpunkt der Studie auf die Modelle südlich des Rathauses gelegt. Auf die hinreichend klare Darstellung im Vortrag (vgl. Anlagen) wird verwiesen.

Wichtig sei, dass das Gebäude südlich des Rathauses als so genannter Besuchermagnet genutzt wird, wie er heute etwa die Stadtbücherei nördlich des Rathauses darstellt. Diese Wirkung hätte zum Ziel, Innenstadtbesucher auf die Westseite der Manfred-Samusch-Straße zu ziehen und dort durch die gewährte Durchlässigkeit den Park erlebbar und begehbar zu machen. Die Gestaltung und Ausrichtung dieses Gebäudes fördere die Torfunktion im Verlauf der Manfred-Samusch-Straße und durch den hoch angeordneten Übergang zum Rathaus die Öffnung hin zum Stormarnplatz. Südlich der so genannten „Rathausenerweiterung“ könnte ein Mehrgenerationenhaus entstehen, in dem neben der Einrichtung des Peter-Rantzau-Hauses auch Räume für die VHS untergebracht werden könnten. Die dargestellte individuelle Gebäudeform stellt lediglich eine erste Überlegung dar.

In der anschließenden Beratung werden verschiedene Verständnisfragen geklärt und betont, dass es sich nur um eine städtebauliche Studie und nicht um konkrete ausgearbeitete Hochbau- und Nutzungsentwürfe handelt.

Der Vertreter des Kinder- und Jugendbeirates äußert den Wunsch, trotz der für Betreiber derzeit wirtschaftlich schwierigen Gesamtsituation am Projekt eines Ahrensburger Kinos festzuhalten und die Skater-Anlage auch in Zukunft im unmittelbaren Umfeld des Stormarnplatzes anzuordnen.

Während einige Ausschussmitglieder anmerken, dass vordringlich über die Realisierung des Peter-Rantzau-Hauses beraten werden sollte, dessen Konzeption als Mehrgenerationenprojekt vielversprechend sei, und die Notwendigkeit eines Rathausanbaus nicht gesehen werde, halten es andere Sitzungsteilnehmer für dringend erforderlich, vonseiten der Selbstverwaltung festzulegen, welche Ziele weiterverfolgt werden. In diesem Zusammenhang macht die Verwaltung deutlich, dass aktives Planungsrecht geschaffen und das Verfahren zum B-Plan Nr. 80 vorangetrieben werden müsse. Angesichts der vielfältigen privaten Anfragen sollte man von der Entwicklung so genannter „Briefmarken“ absehen.

Im Anschluss werden wiederum unterschiedliche Auffassung deutlich, etwa zur Bebauung des Rathausplatzes oder zur Bebauung westlich der Manfred-Samusch-Straße. Die weiteren konkreten Überlegungen beziehen sich auf den ins Blickfeld gerückten Neubau des Peter-Rantzau-Hauses und die Überlegungen, in dem aufgezeigten Bereich südlich des Rathauses eine geeignete Hochbauplanung voranzutreiben. In diesem Zusammenhang sei auch das Vorhaben zu sehen, das Spielfeld 1 des Stormarnplatzes, zeitlich und räumlich abgestimmt, neu auszurichten.

4 Gelände der Bundesanstalt für Züchtungsforschung an 2006/113/1 Kulturpflanzen im Ortsteil Wulfsdorf - Konzeptabstimmung -

Die Verwaltung knüpft in ihrem Sachvortrag an dem Beratungsergebnis vom 20.09.2006 an und stellt die Grundzüge der Vorlage vor. Im Ergebnis nehme die Einwohnerzahl durch die Projekte auf den Geländen der Forschungsanstalt und der Fischereiökologie zwar spürbar um rd. 70 % zu, der Ortsteil Wulfsdorf werde jedoch weiterhin nur locker bebaut und besiedelt sein. Verkehrs- und Lärmprobleme (Zunahme um lediglich 1 DB(A) bzw. 4 bis 5 %) seien durch diese Entwicklung nicht zu erwarten, auch Art und Maß der künftigen Nutzung passe zum Image des Stadtteils.

Wie Herr Straeter ergänzt und anhand von Plänen verdeutlicht, handele es sich im Ortsteil Wulfsdorf nicht um klassische Siedlungsstrukturen, sondern vielmehr 5 Einzelprojekte, die sowohl untereinander als auch regional wirken. Der Landschaftsraum werde weitestgehend erhalten, eine Realteilung der großen Grundstücksflächen und die Notwendigkeit öffentlicher Erschließungsanlagen vermieden. Basis der Entwicklung sei eine landwirtschaftlich-gewerbliche Struktur.

Mitglieder des BPA sehen einen Bedarf, den Ortsteil Wulfsdorf besser an den ÖPNV anzubinden. Obwohl kein Zwang zur Einrichtung einer Schulbusverbindung besteht, sollte eine Verlängerung einer Stadtbuslinie ab U-Ahrensburg-West über die Hamburger Straße angedacht werden; denkbar wäre auch, sich für eine neue U-Bahnstation stark zu machen. Hierzu erklärt Herr Straeter, dass aus seiner, durch den Meinungsaustausch mit den anderen Anwohnern gewonnenen Sicht vorrangig und zumindest eine bessere Ausleuchtung des Bornkampsweges und des Wanderweges zum U-Bahnhof Buchenkamp sichergestellt werden sollte.

Zum Teil kontrovers wird die Anregung diskutiert, ob – weniger anlässlich der geringen Verkehrszunahme, sondern vielmehr aus grundsätzlichen Erwägungen – die Sperrung des Wulfsdorfer Weges hinterfragt und aufgehoben werden sollte. Man kommt überein, die Verwaltung zu beauftragen, zum einen die Auswirkungen einer Durchfahrbarkeit des Wulfsdorfer Weges auf die Verkehrsabwicklung im Stadtgebiet zu untersuchen und zum anderen Vorschläge zu unterbreiten, inwieweit negative Auswirkungen auf die Anlieger (etwa den Kleingartenverein) durch geeignete und angemessene Maßnahmen gemin-

dert werden können.

Nicht nachvollzogen wird von einigen Ausschussmitgliedern, den Geltungsbereich des B-Planes Nr. 70, wie von der Verwaltung auf Seite 8 der Sitzungsvorlage dargestellt, weiter zu unterteilen. Man kommt überein, den gesamten Geltungsbereich mit Ausnahme des Allmende-Geländes (entspricht Teilgebiet B) weiter zu entwickeln. Dementsprechend erhält Nr. 3 des Beschlussvorschlages folgende neue Fassung:

3. Auf Basis des Aufstellungsbeschlusses vom 25.11.1996 für den B-Plan Nr. 70 und den Teilungsbeschluss vom 30.09.2002 wird die Verwaltung ermächtigt, den B-Plan Nr. 70 – Teilgebiet A – (vgl. beigefügten Plan mit dem Geltungsbereich) im Sinne des vorgelegten Konzeptes weiter zu entwickeln.

Über diesen Beschlussteil wird gesondert abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Nachdem festgestellt worden ist, dass Punkt 2 des Beschlussvorschlages entfallen kann, wird über den verbleibenden Beschlussvorschlag abgestimmt, der wie folgt lautet:

1. Dem Konzept der Fa. ConPlan – Betriebs- und Projektberatungs GmbH wird zugestimmt.
4. Der Aufstellungsbeschluss wird gemäß § 2 Abs. 1 ortsüblich bekannt gemacht.
5. Auf Grundlage des vorgestellten Konzeptes ist gemäß § 3 Abs. 1 BauGB die Öffentlichkeit zu beteiligen.
6. Der Flächennutzungsplan wird für diesen Bereich angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren weder Stadtverordnete noch Bürgerliche Ausschussmitglieder von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes ausgeschlossen.

5	Finanzplanung und Investitionsprogramm 2006 - 2010	2006/124
6	Erlass der Haushaltssatzung 2007	2006/125

- Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts

Man kommt überein, die oben genannten beiden Tagesordnungspunkte, wie bereits in der Sitzung am 15.11.2006 praktiziert, gemeinsam zu beraten.

Im Laufe der Beratung verweisen die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion auf ihre erst Anfang Dezember 2006 stattfindende Klausur zum Haushalt der Stadt Ahrensburg und bitten darum, eine endgültige Empfehlung des BPA auf die Sitzung am 06.12.2006 zu verschieben. Erst dann sei es möglich, abschließend Stellung zu beziehen zu den Anträgen, die Baumaßnahmen „Mehrzweckplatz“ und „Große Straße“ im Jahr 2007 noch nicht in Angriff nehmen. Zudem könnten erst dann etwaige einzelne Änderungsanträge vorgebracht und beraten werden. Daraufhin kommt der Ausschuss überein, diese beiden Punkte nochmals auf die Tagesordnung der BPA-Sitzung am 06.12.2006 zu setzen.

Vorab bezieht sich ein Ausschussmitglied auf die Idee, auf dem Stormarnplatz das zweite Spielfeld zu drehen und mit einem Kunstrasenbelag zu versehen sowie evtl. später ein Kleinspielfeld zu ergänzen. Es erkundigt sich, ob der Sportbetrieb trotz des Lärms langfristig dort aufrechterhalten werden kann. Hierzu verweist die Verwaltung auf das Problem, wonach der Sportplatz Immissionen hervorruft, die insbesondere das nahe gelegene reine Wohngebiet der Klaus-Groth-Straße tangieren und auf Grundlage des BImSchG nach der TA Lärm zu beurteilen sind. Auf die hierzu bereits vorgenommenen Ausschussberatungen wird verwiesen.

Nachfolgend bezieht sich die Verwaltung auf die bereits in der BPA-Sitzung am 15.11.2006 mehrheitlich beschlossenen Empfehlungen, in der Großen Straße die Straßenbaumaßnahme und die Freiflächengestaltung um ein Jahr zu verschieben und erst ab 2008 in Angriff zu nehmen:

Zum einen wird betont, dass es sich bei dem Realisierungskonzept Ahrensburg um einen ganzheitlichen Ansatz handelt, wobei die zeitlich aufeinander abgestimmten Teilprojekte in dem so genannten „Projekt-Fahrplan“ auf der Seite 13 der Anlage zur Vorlagen-Nr. 2006/123/1 STV dargestellt sind. Sollten die Teilprojekte in der Großen Straße erst in den Jahren 2008 und 2009 umgesetzt werden, würde es zu zeitlichen Überschneidungen kommen mit den umfangreichen Maßnahmen auf der Kernfläche des Schlossparkes. Es gelte nunmehr, den Einstieg ins gesamte Realisierungskonzept zu finden.

Wie zum anderen ergänzend aus Sicht des Fachdienstes Straßenwesen angemerkt wird, bestehe auch hier der dringende Wunsch, die Umgestaltung der Großen Straße abgeschlossen zu haben, bevor die größeren Bauprojekte, etwa im Norden der Stadt, konkret anlaufen. Von einer weitgehenden Inbetriebnahme des Einkaufszentrums in der Klaus-Groth-Straße ausgehend, könnten bis zu etwa 3.000 Kfz pro Tag die Tiefgaragenausfahrt in der Klaus-Groth-Straße verlassen, die dann über den nördlichen Teil der westlichen Kohnsietstraße abgeleitet werden müssten. Da die weitere Führung des Umleitungsverkehrs über den Lehmannstieg oder die Königstraße noch mehr Probleme mit sich bringen würde, käme allenfalls eine Führung über die Lohe und Carl-Barckmann-Straße zum Woldenhorn in Betracht. Diese Lösung sei

aber ungleich problematischer als die Alternative, den stärkeren Verkehrstrom über eine bereits fertig gestellte Mittelfahrbahn der Großen Straße direkt zum Zentrum-Ring zu leiten. Auf Nachfrage wird verdeutlicht, dass sich diese Umleitung nicht auf wenige Tage, sondern mehrere Monate erstreckt und allein hierin die Brisanz angesichts des Ausbauzustandes in betreffenden Straßen steht.

Stellung genommen wird ferner zu den Förderbedingungen. Die Verschiebung der beiden Projekte in der Großen Straße würde zwar nicht zu einer Aufhebung der Förderbescheide führen, die ohnehin einen Bewilligungszeitraum bis 2009 haben. Allerdings würde der Fördergeber es gerne sehen, wenn die Investitionen anlaufen und die damit verbundenen städtebaulichen Missstände frühestmöglich abgebaut werden. Zudem werde beim Land über eine Verlängerung des derzeit 2009 auslaufenden Städtebauförderprogramms diskutiert. Das Anlaufen von geförderten Projekten mit den dann ersichtlichen positiven Effekten könnte förderlich sein für ein Förderprogramm ab 2010, von dem wahrscheinlich auch wieder die Stadt Ahrensburg mit anderen Teilprojekten des Realisierungskonzeptes profitieren dürfte.

Der BPA nimmt die vorstehenden Ausführungen zunächst zur Kenntnis.

In der nächsten Sitzung wird der Etat des Verwaltungshaushalts und Vermögenshaushalts abschließend zur Abstimmung gestellt.

7 Kostenübernahme für die Sanierung der Überführung Hagener Allee/U 1 2006/148
- Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe -

Die Verwaltung erläutert den Sachverhalt und betont hierbei, dass die Genehmigung der außerplanmäßigen Ausgabe lediglich eine Korrektur der seinerzeitigen fehlerhaften Annahme darstellt, wonach diese Maßnahme bei der Stadt Ahrensburg nicht mehr zu Kosten führt und dementsprechend von der Bildung eines Haushaltsausgaberestes abgesehen werden kann.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

8 Gemeindliches Einvernehmen zu Einzelbauvorhaben nach § 36 Baugesetzbuch

Es stehen keine Vorgänge zur Beratung an.

Wie die Verwaltung in ihrem Sachstandsbericht erläutert, wurden auf Grundlage der Wittor-Datenbank mit den rd. 4.500 Straßeneinläufen die vom Bauhof zu erbringende bedarfsgerechte Leistung definiert sowie anschließend ein kalkulierter Entgeltpreis von 3,95 €/Leerung für den Leistungszeitraum ab Januar 2007 festgelegt. Dieser Entgeltsatz ist nach einer angemessenen Zeit zu überprüfen.

Im Endeffekt kommt es zwischen der Stadt Ahrensburg und dem als Eigenbetrieb geführten SBA/Bauhof zu einer geänderten Zusammenarbeit: Die Bezahlung erfolgt künftig unabhängig von dem tatsächlichen Zeitbedarf und dem Mitteleinsatz, die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung obliegt damit allein dem SBA/Bauhof.

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt das Konzept zur Kenntnis.

10 Kenntnisnahmen

10.1 Normenkontrollverfahren zurückgezogen

Wie die Verwaltung bekannt gibt, haben die Beschwerdeführer unter Federführung der Interessengemeinschaft Ahrensburg Nord-West e. V. ihre Klage gegen den B-Plan Nr. 78 a, das Neubaugebiet Buchenweg betreffend, zurückgezogen.

Ein Ausschussmitglied kritisiert in diesem Zusammenhang den vom OVG Schleswig seines Erachtens hoch angesetzten Streitwert des Verfahrens.

10.2 Erschließung des südwestlichen Stadtgebietes durch den ÖPNV

Im Nachgang zur Beratung des TOP 4, und hier speziell zur Anbindung des Stadtteils Wulfsdorf ans Linienbusnetz, erinnert die Verwaltung, dass aufgrund der geringen Fahrgastzahlen die Verlängerung der ehemaligen Linie 269 über den U-Bahnhof Ahrensburg-West hinaus bis zum Eingang des ehemals städtischen Friedhofs eingestellt werden musste. Angesichts der in den letzten Jahren zu verzeichnenden Bauprojekte entlang der Hamburger Straße, in der Veronica-Rath-Straße und im Bornkampsweg könnte die Erschließung dieses Quartiers durch eine Buslinie jedoch wieder Sinn machen. Zumal eine Datenerhebung ergeben hat, dass aus diesen Wohngebieten 22 Grundschüler/innen die Grundschule Am Reesenbüttel besuchen, steht am

27.11.2006 ein Gespräch mit dem Kreis Stormarn und der HVV GmbH an, um zu erörtern, ob und ggf. unter welchen Bedingungen hier ein Angebot unterbreitet werden kann.

10.3 Ausschreibung ÖPNV

Wie der Kreis Stormarn mit Schreiben vom 16.10.2006 angekündigt und der dortige Verkehrsausschuss am 06.11.2006 beschlossen hat, sind in den folgenden Jahren bis Mitte 2008 Ausschreibungen für die Teilnetze Bargteheide, OD 1 (Ahrensburg) und OD 4 (Ammersbek) geplant. Im Folgenden sind die einzelnen Linien des Teilnetzes Ahrensburg sowie der bisher vorgesehene Termin aufgelistet:

Teilnetz OD 1:	Ausschreibung zum Sommer 2008 (Juni/Juli), Betreiber heute: VHH
E69:	Bahnhof Ahrensburg – Siek
169:	Bahnhof Ahrensburg – Gewerbegebiet Nord
269:	Bahnhof Ahrensburg – Dänenweg (Am Kratt)
569:	Schulzentrum Heimgarten – Gartenholz
268:	Bahnhof Ahrensburg – U Ahrensburg Ost – Dänenweg – Bahnhof Ahrensburg (Spätverkehr)
568:	Bahnhof Ahrensburg – Gartenholz – Rantzaustraße – Bahnhof Ahrensburg (Spätverkehr)
769:	Schulzentrum Heimgarten – Ahrensfelde – Dänen- weg/Gartenholz
576:	U Ahrensburg West – Siedlung Steinkamp – Bahnhof Ahrensburg
648:	U Berne – Dänenweg – Gartenholz – U Ahrensburg West (Nachtbus)
658:	Bahnhof Ahrensburg – Großhansdorf – Hoisdorf (Nachtbus)

Zusätzlich soll nach Auflösung des Teilnetzes OD 4 in dieses Teilnetz integriert werden:

476:	Bergstedt, Markt – Hoisbüttel – Bahnhof Ahrensburg
------	--

Alle genannten Teilnetze und damit auch das Ahrensburger sollen als neuen Ausschreibungstermin den Fahrplanwechsel 2008 (Dezember) erhalten.

Zur Begründung wird Folgendes ausgeführt:

Die Ausschreibung des Teilnetzes OD 1 (Ahrensburg) soll um ein halbes Jahr auf den Winter 2008 verschoben werden. Der wesentliche Grund ist die Fertigstellung der Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Hamburg – Lübeck sowie die Fertigstellung des neuen Haltepunktes Gartenholz. Beide Projekte verursachen erhebliche Anpassungen im Busfahrplan des Ahrensburger

Stadtverkehrs.

Die Realisierung zum Sommer 2008 ist bei beiden Maßnahmen im Schienenverkehr unwahrscheinlich, daher soll die Ausschreibung auf den Winter 2008 verschoben werden, um nicht im Anschluss an eine Ausschreibung zum Sommer das Leistungsangebot gleich wieder grundlegend ändern zu müssen. Zudem sind auch Verflechtungen mit Linie 476 vorhanden, sodass ein einheitlicher Zeitplan sinnvoll ist.

Sofern die Auswirkungen der Elektrifizierung aufgrund von Verzögerungen beim Bau oder im Ablauf des Interessenbekundungsverfahrens für den neuen Bahnbetreiber erst später greifen, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Ausschreibung um ein weiteres Jahr verschiebt.

Zunächst bedeutet der vom Kreis Stormarn vorgegebene Zeitplan jedoch, dass der Stadtbusverkehr im Jahr 2007 kritisch überprüft werden muss, damit das Ende 2007 beginnende Ausschreibungsverfahren das in den nächsten Jahren gewünschte Busangebot widerspiegelt.

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt von diesem Sachstand Kenntnis.

10.4 Erschließung des Neubaugebietes Buchenweg durch den Stadtbus

Wie allgemein festzustellen ist, wird das Neubaugebiet Buchenweg über die Stadtbuslinien ab dem 10.12.2006 lediglich erschlossen, indem die Linie 569 werktags im 30-Minuten-Takt deren Endhaltestelle Heimgarten-Schule erreicht und die Linie 576 im Stundentakt die Siedlung Steinkamp (Gustav-Delle-Straße und Otto-Schumann-Straße) durchfährt. Denkbar sei aber auch, den Linienbus in diesem Quartier als Ringlinie über den Buchenweg ins Neubaugebiet und anschließend über den Rosenweg zurück zum Reesenbüttler Redder zu führen.

Wie die Verwaltung zugibt, wäre dies eine Möglichkeit, die näher untersucht werden könnte. HVV und VHH haben sich bereits im Juni 2006 mit dieser Frage beschäftigt und in diesem Zusammenhang als Voraussetzung größere bauliche Maßnahmen gefordert. So wäre die Fahrbahnbreite im Buchenweg von derzeit 5,50 m auf 6 m zu erhöhen und der im B-Plan Nr. 78 a auf Höhe des Reesenbüttler Grabens dargestellte verkehrsberuhigte Bereich, in dem lediglich Schrittgeschwindigkeit gefahren werden darf, grundsätzlich anders zu gestalten. Sollte unter diesen Voraussetzungen die Idee näher betrachtet werden, bittet die Verwaltung um entsprechende Rückmeldung aus dem Ausschuss.

10.5 Gestaltung der Flächen um den nördlichen Ausgang des

Tunnels Hagener Allee

In der Sitzung am 04.10.2006 (vgl. BPA-Protokoll Nr. 15/2006; TOP 9.3) hatten mehrere Ausschussmitglieder angeregt, eine Gesamtkonzeption für den oben genannten stadtgestalterisch wichtigen Ort unter Beachtung des Baumbestandes, der Grünflächen und Wegebeziehungen zu erstellen sowie in den Gremien zu erläutern. Da diese Gesamtkonzeption aus Sicht der Stadtverwaltung keine Priorität besitzt, wird diese erst zu einem späteren Zeitpunkt erstellt und sollte dann auch das Lindenhofgrundstück und den Bahnhofsvorplatz umfassen.

In diesem Zusammenhang begrüßt ein Ausschussmitglied ausdrücklich die Aufstellung weiterer Fahrradbügel im Bereich des nördlichen Tunnelausgangs, regt jedoch an, den häufig matschigen Pfad zwischen dem Begrenzungszaun zur Bahnstrecke und den Fahrradbügeln zu befestigen.

10.6 Querung der Lübecker Straße auf Höhe des Marstalls durch Fahrradfahrer

Wie ein Ausschussmitglied am 30.08.2006 festgestellt hatte, ist es Nutzern von Fahrrädern nur schwer möglich, auf Höhe der Grundstückszufahrt zum Marstall und zur Reithalle die Lübecker Straße zu queren, um auf der Schlossseite den Radweg zu nutzen. Die Verwaltung wurde gebeten, für die Verkehrsteilnehmer eine geeignetere Lösung aufzuzeigen.

Die Anregung wurde durch die Verwaltung näher geprüft. Angesichts der in der Nähe befindlichen Lichtsignalanlage und der Fußgängerinsel in der Hamburger Straße direkt vor dem Marstall sind angemessene und sichere Quermöglichkeiten vorhanden, sodass empfohlen wird, zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren baulichen Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Eine Überplanung dieses Straßen- und Freiflächenraumes ist ohnehin vorgesehen im Rahmen des entsprechenden Teilprojektes im Realisierungskonzept.

11 Verschiedenes

11.1 Ausschaltung der Ampelschaltung an diversen Kreuzungsbereichen in der Nacht

Ein Ausschussmitglied erinnert an die im BPA am 01.11.2006 (vgl. Protokoll Nr. 17/2006; TOP 10.2) vorgebrachte Anregung, die Ampelschaltung in folgenden Kreuzungsbereichen in der Nacht auszuschalten:

Große Straße / Bei der Doppeleiche / Woldenhorn

Manfred-Samusch-Straße / Reeshoop

Manfred-Samusch-Straße / Klaus-Groth-Straße

Die Verwaltung sichert zu, von der städtischen Verkehrsaufsicht eine Stellungnahme einzuholen.

Anmerkung der Verwaltung:

Alle 3 Lichtsignalanlagen befinden sich im Verlauf des Zentrum-Ringes mit einem entsprechend hohen Verkehrsaufkommen. Eine Sicherung der Kreuzungsbereiche auch in den Nachtstunden ist daher zwingend erforderlich, nicht zuletzt auch zum Schutz der Fußgänger und Radfahrer. Die Bedeutung der Lichtsignalanlagen wird auch durch die Unfallzahlen des Jahres 2005 belegt. So war die Kreuzung „Manfred-Samusch-Straße/Reeshoop/Klaus-Groth-Straße“ einer der 6 Unfallophäufungspunkte in der Stadt Ahrensburg mit 4 Unfällen und 3 Leichtverletzten, wobei sich alle Unfälle bei ausgeschalteter Lichtsignalanlage ereigneten. Vor dem Hintergrund des Sicherheitsaspektes für alle Verkehrsteilnehmer wird es seitens der Verkehrsaufsicht nicht befürwortet, die Lichtsignalanlagen in den Abendstunden abzuschalten.

11.2 Pflasterung einer breiten Grundstückszufahrt in der Theodor-Storm-Straße

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich nach Art und Umfang der Pflasterung einer Grundstückszufahrt im Bereich der Theodor-Storm-Straße zwischen Mittelweg und Hamburger Straße. Wie die Verwaltung betont, bedürfen derartige Pflasterarbeiten im öffentlichen Straßenraum einer Genehmigung. Der Sachverhalt wird im Nachhinein dargelegt.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Genehmigungen zur Pflasterung der Grundstückszufahrt zu den Neubauvorhaben Mittelweg 27 und Theodor-Storm-Straße 46 a wurden im Zuge der Baugenehmigungen erteilt. Die mit grauem Betonsteinpflaster befestigte Fläche wirkt nur deshalb so massiv, da über die 8 m breite Fläche 2 Grundstücke fuhrmäßig erschlossen werden und zwischen der Grundstücksgrenze und der Fahrbahn eine breitere Grünanlage überwunden werden musste.

11.3 Holzhäuser im Reeshoop

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes berichtet die Verwaltung, dass es derzeit für die Stadt Ahrensburg keinen Bedarf gibt, Asylbewerber, Aussiedler

oder Obdachlose in den Holzhäusern neben dem badlantic-Parkplatz unterzubringen. Die ursprünglich aus der Hamburger Straße stammenden und bereits vor geraumer Zeit auf das städtische Grundstück im Reeshoop umgesetzten Holzhäuser sind deshalb noch nicht bezugsfertig, da einige Gebäudeteile den Ab- und Wiederaufbau nicht überstanden haben und ersetzt werden mussten bzw. müssen. Die Verwaltung sagt die Auskunft zu, wann die Holzhäuser wieder in einem bezugsfertigen Zustand versetzt werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Häuser stehen zurzeit leer. Es wird derzeit ansatzweise geprüft, ob das vordere Haus künftig von der „Ahrensburger Tafel“ genutzt werden soll. Maler- und Fußbodenverlegearbeiten sind noch fertig zu stellen. Das hintere Gebäude wird voraussichtlich ab Ende Januar 2007 durch das Ordnungsamt belegt.

11.4 Öffnung des befestigten Starweges im Abschnitt Am Birkenhain bis Dorfstraße

Nachdem eine Asphaltbefestigung im Bereich der Bebauung des Starweges im Abschnitt Am Birkenhain bis Dorfstraße aufgebracht worden ist und sich hierdurch die Staubentwicklung wesentlich reduzieren dürfte, erinnert ein Ausschussmitglied daran, die Beschränkung des Befahrens auf Anlieger sowie land- und forstwirtschaftlichen Verkehr aufzuheben.

Die Verwaltung sichert zu, die Verkehrsanordnung kurzfristig zu ändern.

11.5 Fahrradangebotsstreifen in der Hagener Allee südlich der U-Bahn-Brücke

Auf kritische Nachfrage eines Ausschussmitgliedes, ob der Fahrradangebotsstreifen südlich der U-Bahn-Brücke Hagener Allee sinnvoll ist, berichtet die Verwaltung, dass diese Fahrbahneinteilung ihren Sinn erfüllt. Die Bedarfsstreifen werden von den Fahrradfahrern/innen gut angenommen, obwohl ihnen weiterhin die separat verlaufenden Radwege zur Verfügung stehen. Die Einrichtung der Angebotsstreifen wird derzeit sowohl von der Polizei, der Verkehrsaufsicht und dem Straßenbaulastträger als auch von den Mitgliedern der AG Radverkehr begrüßt. Die mit dieser Fahrbahnmarkierung mittelbar verfolgten Ziele sind, dass Autofahrer verstärkt auf den Radverkehr Rücksicht nehmen und durch die optisch verschmälerte Fahrtrasse ihre ansonsten bei dieser geraden Strecke teilweise erhöhte Geschwindigkeit reduzieren.

Der BPA nimmt von dieser Einschätzung Kenntnis.

11.6 Umbau des Bahnhofs Ahrensburg - Anregung einer Ortsbesichtigung -

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf den umfangreichen Umbau des Bahnhofs Ahrensburg einschließlich der Tunnelverlängerung zur P + R-Anlage Ladestraße. Es wird angeregt, dieses Bauprojekt vor einer der BPA-Sitzungen im neuen Jahr zu besichtigen.

Dieses merken sich der Vorsitzende und die Verwaltung vor.

Der Vorsitzende schließt damit den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung um 21:22 Uhr.

gez. Jörn Schade
Vorsitz

gez. Ulrich Kewersun
Protokoll